

Ukraine: Wachstumsprobleme und wirtschaftspolitische Herausforderungen

Ulrich Thießen
uthiessen@diw.de

Lars Handrich
lhandrich@diw.de

Veronika Movchan
movchan@
ier.kiev.ua

Im Jahr 2006 wird das Bruttoinlandsprodukt in der Ukraine nach Prognose des DIW Berlin mit 3 % und damit vergleichsweise gering wachsen. Nach einer fünfjährigen wirtschaftlichen Erholungsphase in den Jahren 2000 bis 2004 mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von 7,4 % erlebt das Land seit der „Orangen Revolution“ Ende 2004 eine starke Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Ursache hierfür sind vor allem ausgebliebene Wirtschaftsreformen und zu geringe Investitionen. Bei den Parlamentswahlen im März dieses Jahres und bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen standen diese wirtschaftspolitischen Themen allerdings eher im Hintergrund. Nach der Regierungsbildung im August sind bisher keine klaren Linien der zukünftigen Wirtschaftspolitik zu erkennen.

Aufschwung durch Abwertung

Die Ukraine beendete ihre im Gefolge der Transformationsphase fast zehnjährige Rezessionsphase erst nach der Währungs- und Bankenkrise im Jahr 1998. Der Eintritt in eine starke wirtschaftliche Erholungsphase beruhte zunächst auf einem klassischen Abwertungseffekt: Importe wurden aufgrund der Abwertung relativ teurer gegenüber heimischen Gütern und deshalb vom heimischen Markt verdrängt, ukrainische Güter wurden auf dem Weltmarkt gegenüber anderen Gütern relativ billiger und ihr Absatz gefördert. So kehrten sich bereits 1999 – ein Jahr nach der Abwertung – die bis dahin relativ hohen Defizite der Leistungsbilanz in signifikante Überschüsse um (Tabelle 1).¹

Bis 2004 war der Aufschwung zunächst im wesentlichen getragen von dem stabilen zweistelligen realen Wachstum des verarbeitenden Gewerbes. Aufgrund des noch relativ niedrigen Lohnniveaus waren es vor allem die arbeitsintensiven Industrien (z. B. Holzverarbeitung und Papier, Textil- und Lederindustrie, aber

¹ Vor der Währungskrise 1998 hatte der IWF die Beibehaltung eines Wechselkurssystems mit fester nominaler Bindung der ukrainischen Währung an den US-Dollar von der Ukraine gefordert, um auf diese Weise eine relativ niedrige Inflation und Stabilität zu erreichen, da die Währung trotz hoher realer Aufwertung dennoch unterbewertet sei. Vgl. International Monetary Fund: Ukraine – Staff Report for the 1997 Article IV Consultation and Request for Stand-By Arrangement, Washington D. C., 1997. Ferner argumentierte der IWF, dass bei einer Abwertung das Leistungsbilanzdefizit aufgrund bedeutender und preisunelastischer Energieimporte sogar ansteigen könne. Diesen Annahmen widersprach das DIW Berlin, das Wechselkursflexibilität empfahl. Neuere empirische Analysen bestätigen diese Sichtweise: Eine Analyse der Weltbank ergab, dass die Bedingungen für eine normale Reaktion der ukrainischen Handelsbilanz auf Abwertungen erfüllt waren. Vgl. O. Pindyuk und R. Piontkivsky: The Role of Foreign Trade in Ukrainian Growth. Background Paper for the World Bank Country Economic Memorandum of Ukraine, December 2004, Washington D.C. Gemäß einer Analyse der Bewertung osteuropäischer Währungen für den Zeitraum seit Anfang der 90er Jahre war die ukrainische Währung von 1997 bis zur Krise im Herbst 1998 deutlich überbewertet und erst danach (bis 2002) unterbewertet. Vgl. Egert Balazs: Equilibrium Exchange Rates in Southeastern Europe, Russia, Ukraine and Turkey: Healthy or (Dutch) Diseased? In: Focus on European Economic Integration. Österreichische Nationalbank, Focus No. 2, 2004, Wien, 138–183.

Nr. 37/2006

73. Jahrgang/13. September 2006

Inhalt

Ukraine: Wachstumsprobleme und wirtschaftspolitische Herausforderungen
Seite **513**

Tabelle 1

Entwicklung wichtiger makroökonomischer Variablen in der Ukraine

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ¹
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %									
Bruttoinlandsprodukt ²	-1,9	-0,2	5,9	9,2	5,2	9,4	12,1	2,6	3,0
Industrieproduktion ²	-1,0	4,0	13,2	14,2	7,0	15,8	12,5	3,1	–
Landwirtschaftliche Produktion ²	-9,6	6,9	9,8	10,2	1,2	-11,0	19,1	0,0	–
Investitionen ²	4,3	0,7	12,7	6,2	3,4	22,5	10,2	-3,1	–
Exporte									
zu konstanten Preisen	1,2	-2,2	21,5	3,5	7,4	10,3	16,2	-11,2	-9,6
in US-Dollar	-13,4	-7,9	-17,9	9,5	10,7	24,0	42,6	7,5	4,4
Importe									
zu konstanten Preisen	2,0	-16,7	23,8	6,0	3,3	16,4	10,5	2,1	-1,0
in US-Dollar	-14,0	-19,1	18,9	14,1	5,0	28,7	31,3	20,4	21,3
Verbraucherpreise ³	10,6	22,7	28,2	12,0	0,8	5,2	9,0	13,5	12,0
Produzentenpreise ³	13,2	31,5	20,9	8,6	3,1	7,8	20,4	16,8	–
Monetäre Basis	21,9	39,3	39,9	37,4	33,6	30,1	34,1	53,9	–
Geldmenge M3 ⁴	25,2	40,5	46,1	41,9	41,8	46,5	32,4	54,3	–
Nominallohn	5,6	24,3	35,4	27,7	17,0	24,4	27,7	44,9	–
Reallohn	-12,9	3,4	3,6	20,4	15,6	13,8	23,8	31,5	–
In % des Bruttoinlandsprodukts									
Leistungsbilanz	-3,0	5,4	4,6	3,7	7,5	5,8	10,6	3,1	-3,8
Überschuss/Defizit des konsolidierten Staatshaushalts	-2,7	-2,1	-0,7	-1,9	0,8	-0,2	-3,4	-1,9	–
Staatsschulden insgesamt	49,4	61,4	45,2	36,3	34,3	29,5	24,7	18,4	–
In %									
Realer Zinssatz für kurzfristige Kredite ³	37,8	21,6	14,9	20,3	19,2	10,3	9,0	4,0	–
Differenz zwischen durchschnittlichem Kredit- und Einlagenzinssatz	32,2	34,3	27,8	21,3	17,4	10,9	9,5	7,5	–
Arbeitslosenquote ⁵	11,3	11,9	11,7	11,1	10,2	10,0	9,8	9,4	9,5
In Währungseinheiten									
Netto-Auslandsinvestitionen in Mrd. US-Dollar	0,7	0,5	0,6	0,8	0,7	1,4	1,7	6,5	–
Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar ³	2,5	4,1	5,4	5,4	5,3	5,3	5,3	5,1	–
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar	624	639	639	785	883	1 053	1 375	1 768	2 115

¹ Prognose.² Zu konstanten Preisen.³ Jahresdurchschnittswerte.⁴ Einschließlich Guthaben in Auslandswährung.⁵ Jahresendwerte.

Quellen: Statistisches Komitee der Ukraine (www.ukrstat.gov.ua); Nationalbank der Ukraine (www.bank.gov.ua); Weltbank; Institute for Economic Research and Policy Consulting (www.ier.kiev.ua); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

auch der Maschinenbau), die die größten Wachstumsraten bei Produktion und Export aufwiesen. Aber auch die für die Ukraine traditionell bedeutenden Exporte von Metallen, einfachen chemischen Gütern und Nahrungsmitteln verzeichneten hohe Wachstumsraten. Im Zuge des Aufholprozesses erholten sich allmählich auch die Investitionen für Ausrüstungen und aufgrund des Baubooms bis 2004 für Gebäude.² Allerdings fiel die Erholung über die gesamte Aufschwungphase betrachtet relativ schwach aus.

Der Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar blieb seit 2000 aufgrund von Interventionen der ukrainischen Zentralbank am Devisenmarkt nahezu unverändert. Diese Wechselkurspolitik und die im Vergleich zu den USA wesentlich höhere Inflation (Ausnahme 2002) führte ab 2000 zu einer deutlichen realen Aufwertung des Hrivnia gegenüber dem US-Dollar. Gleichzeitig verzeichneten Nominal- und Reallöhne einen Anstieg im zweistelligen Bereich, was den Binnenkonsum stärkte (Tabellen 1 und 2). Auch die Renten stiegen erheblich, von 2000 bis

2004 um mehr als 500%. 2005 erreichten sie das achtfache des Wertes von 2000 (Tabelle 2).

Folglich wären hohe Produktivitätszuwächse notwendig gewesen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit ukrainischer Waren zu erhalten. Aussagen über die Produktivitätsentwicklung einzelner Wirtschaftsbereiche können jedoch aufgrund der unzureichenden statistischen Erfassung der Beschäftigung nur grob getroffen werden. Die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Produktivität ist zwar stark gestiegen, aber es ist nicht sicher, ob dies die dämpfenden Effekte auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die durch die reale Aufwertung und die kräftigen Reallohnsteigerungen bewirkt wurden, kompensierte. Allerdings beeinflussten die stark steigenden Weltmarktpreise für wichtige ukrainische Exportgüter, insbesondere für Metalle, die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Exporte

² Dieser wurde verstärkt durch erhöhte staatliche Nachfrage in Form der Fertigstellung einer Schnellstrasse von Kiew nach Odessa und zweier Atomkraftwerke in Rivne und Khmelnytsky.

positiv. Zudem kam auch das hohe reale Wachstum in China den ukrainischen Exporten zugute. Im Jahr 2004 erreichte die ukrainische wirtschaftliche Erholung ein Stadium der „Überhitzung“.³

Wachstumsschwäche seit 2005

Die Situation änderte sich allerdings nach der Wahl von Präsident Juschenko im Jahr 2005, als es – auch aufgrund einer Aufwertung der Hrivnia gegenüber dem US-Dollar – zu einer drastischen Abschwächung des realen Wachstums kam.

Das Exportwachstum ging stark zurück, und die Importe stiegen beschleunigt. Hierunter litt auch die Investitionstätigkeit. Besonders betroffen von der Produktionsabschwächung waren die Industrien Textil, Leder, Holz, Chemie, Metall sowie Elektrotechnik und Elektronik, wobei die Metallindustrie mit einem Anteil von rund 23 % an der Industrieproduktion und rund 40 % an den Warenexporten die mit großem Abstand bedeutendste Industrie ist (Tabelle 3). Teilweise deutliche Investitionsrückgänge verzeichneten die Bereiche Bauwirtschaft, Transport, Großhandel und besonders der öffentliche Sektor. Bei den öffentlichen Investitionen kann wohl von vorübergehenden Störungen ausgegangen werden, die im Zusammenhang mit dem politischen Wechsel Anfang 2005 standen. Als Grund für die Abschwächung der Produktion und des Rückgangs der privaten Investitionen sind auch die Unsicherheit über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs und ein Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu nennen. Im Jahr 2005 (Tabellen 1 und 2) haben sich sowohl ein relativ hoher Anstieg der Verbraucherpreise (13,5 %) als auch ein extrem starker Zuwachs der Reallöhne ergeben (31,5 %).

Trotz anhaltend hoher Preisindizes für ukrainische Güter exportstarker Branchen (insbesondere der Metallpreisindex) konnte die starke Abschwächung des Produktionswachstums auch hier nicht verhindert werden. Möglicherweise haben zur Produktionsbeeinträchtigung auch verschiedene wirtschaftspolitische ad-hoc-Maßnahmen der neuen Regierung beigetragen, wie beispielsweise die Abschaffung von Sonderwirtschaftszonen und vorübergehende Preisvorschriften für Mineralölprodukte und Agrarerzeugnisse.

Der starke Anstieg der Nettoauslandsinvestitionen in der Ukraine im Jahr 2005 geht vor allem auf die Privatisierung des größten ukrainischen Stahlwerks „Krivorishstal“ zurück, das für ca. 4,8 Mrd. US-Dollar an den indischen Mittal-Steel-Konzern verkauft wurde.⁴ Unter Ausklammerung dieser Transaktion sind die Nettoauslandsinvestitionen pro Kopf wei-

Tabelle 2

Lohn-, Renten- und Verbraucherpreisentwicklung in der Ukraine Index 2000 = 100

	Bruttoinlandsprodukt		Durchschnittslohn	Mindest-		Verbraucherpreise
	real	nominal		Lohn	Rente	
2000	100	100	100	100	100	100
2001	109	120	121	105	126	112
2002	115	133	145	135	162	121
2003	126	157	169	157	297	127
2004	141	203	198	167	506	139
2005	145	246	302	204	866	158
2006 ¹	149	272	392	222	860	173

¹ Prognose.

Quellen: Statistisches Komitee der Ukraine; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 3

Struktur der Warenexporte und -importe der Ukraine Anteile in %

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Nahrungsmittel und Rohstoffe	8,9	10,7	12,8	11,5	10,4	12,3
Brennstoffe und -produkte	8,2	9,4	11,2	13,9	12,2	12,5
Chemieprodukte	12,4	10,9	9,7	10,6	10,4	11,1
Holz und Holzprodukte	2,7	3,0	3,0	3,0	2,7	2,8
Industriegüter	4,7	4,9	4,7	4,6	3,8	3,5
Metalle (Eisen und Nichteisen)	41,9	39,3	38,2	35,8	39,0	40,1
Maschinen und Fahrzeuge	12,0	13,7	14,1	15,3	16,9	13,2
Sonstige	9,2	8,1	6,3	5,3	4,6	4,5
Warenexporte insgesamt	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel und Rohstoffe	6,1	6,7	6,2	9,4	6,4	7,4
Brennstoffe und -produkte	43,0	39,0	38,6	33,4	33,8	29,0
Chemieprodukte	11,0	11,6	12,4	12,7	12,9	14,6
Holz und Holzprodukte	2,9	3,6	4,3	4,1	3,2	3,3
Industriegüter	5,0	5,2	5,2	5,2	4,8	6,1
Metalle (Eisen und Nichteisen)	4,6	4,9	4,5	5,2	5,9	6,8
Maschinen und Fahrzeuge	17,6	20,0	21,1	24,6	26,2	27,8
Sonstige	9,8	9,0	7,7	5,4	6,8	5,0
Warenimporte insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Nationalbank der Ukraine.

DIW Berlin 2006

terhin sehr niedrig, insbesondere im Vergleich zu anderen mittelosteuropäischen Staaten.

Die Leistungsbilanzsituation der Ukraine weicht von der in den meisten anderen osteuropäischen Ländern ab: Mit wenigen Ausnahmen haben die osteuropäischen Länder seit vielen Jahren Leistungsbilanzdefizite, da sie über relativ hohe Investitionen ihren Kapitalstock erst aufbauen müssen und dafür die Ersparnisse der relativ entwickelten Länder einsetzen. Die wenigen osteuropäischen Ausnahmeländer mit Leistungsbilanzüberschüssen

³ Das reale BIP Wachstum betrug über 12 % und die Inflation erhöhte sich stark: Die Produzentenpreise stiegen wesentlich stärker als die Verbraucherpreise, was atypisch ist und bedeutende Marktmacht der Produzenten anzeigen kann, d. h. Produktionsengpässe.

⁴ Aufgrund des bestehenden bilateralen Investitionsschutzabkommens zwischen Deutschland und der Ukraine ist der offizielle Erwerber die Mittal Steel Germany GmbH; somit wird die Privatisierung als deutsche Direktinvestition gewertet.

sind rohstoffreiche Länder wie Russland, Kasachstan und Turkmenistan, deren Exporte aufgrund ihres Rohstoffreichtums überdurchschnittlich hoch sind und zu Nettoersparnissen im Ausland führen. Die Ukraine ist dagegen ein relativ rohstoffarmes Land,⁵ und deshalb wären auch hier bei „normaler“, d. h. durchschnittlicher Entwicklung, Leistungsbilanzdefizite für eine lange Zeit des Aufholens zu erwarten. Dies ist jedoch nicht eingetreten, weil vor allem die Investitionen und Investitionsgüterimporte im Vergleich zu anderen Transformationsländern relativ gering geblieben und die Exporte von 2001 bis 2004 aufgrund des Stahlbooms sehr stark gestiegen waren.

Für 2006 wird ein weiterer Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses erwartet. Dies ist vor allem wegen der drastischen Preissteigerungen für russisches Erdgas ab Januar 2006 der Fall, die die Wettbewerbsposition der Ukraine insbesondere bei der Metallproduktion beeinträchtigt. Zugleich sinken die Metallpreise infolge steigender Produktion in China, was zu einem Rückgang des Exportvolumens führt. Insgesamt deuten die Daten für das erste Quartal 2006 auf eine weitere Abschwächung der Investitionstätigkeit hin.

Zu geringe Investitionstätigkeit

Das entscheidende makroökonomische Problem der Ukraine, die anhaltend viel zu geringe Investitionstätigkeit, kann nur bei konsequenter wirtschaftspolitischer Reformpolitik behoben werden. Die zahlreichen Programmpunkte, die seit Mitte der 90er Jahre zur Umsetzung vorgesehen gewesen waren, wurden zumeist nicht umgesetzt. Ab 2005 gibt es nun neue Vereinbarungen, insbesondere das mit der EU vereinbarte sehr umfassende und detaillierte mittelfristige Reformprogramm, den sogenannten „Aktionsplan“. Hiermit wird letztlich die Anpassung der ukrainischen Regulierungen an den „Acquis communautaire“ (der sogenannte „gemeinsame Besitzstand“) der Europäischen Union angestrebt.⁶

Wesentliche Faktoren, die den Aufschwung zunächst trugen, wie die anfängliche reale Abwertung und die Exportpreissteigerungen für wichtige Exportgüter, wirken nun nicht mehr. Seit Anfang 2006 wird ein Großteil des Erdgases nahezu zu Weltmarktpreisen importiert. Die damit verbundene bedeutende Kostensteigerung ist nur im Zuge eines Anpassungsprozesses mit umfangreichen energiesparenden Investitionen – besonders in den wichtigsten und energieintensiven produzierenden Exportindustrien – zu bewältigen. Für die zweite Jahreshälfte 2006 muss die Ukraine mit weiter steigenden Importpreisen für Erdgas rechnen. Angesichts der ausgeprägten wirtschaftlichen Dämpfung

droht der Ukraine damit eine Wiederholung der Situation abnehmenden Vertrauens in die wirtschaftliche Entwicklung und ein damit entstehender Abwertungsdruck auf die Währung.⁷ Politische Signale für einen endgültigen Verzicht auf einen wie auch immer gearteten künstlichen Schutz der Produktion und ein Bekenntnis zum Ausbau marktfreundlicher Institutionen könnten dem entgegenwirken.⁸

Schlüsselsektor Energie

Der Energiesektor ist die Achillesferse der ukrainischen Volkswirtschaft. Allerdings besteht das Problem weniger in der Versorgungssicherheit als in einem ineffizienten Einsatz von Energie. Die Ukraine benötigte pro erwirtschafteten US-Dollar des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2002 über 0,57 kg Erdöläquivalent, während beispielsweise Polen nur rund 0,23 kg und Deutschland sogar weniger als 0,16 kg Erdöläquivalent aufwandten⁹.

Wesentliche Ursache für den hohen Energieverbrauch sind die von der ukrainischen Politik festgesetzten niedrigen inländischen Preise und Tarife, die weder die langfristigen Produktionskosten decken noch externe Effekte berücksichtigen. Besonders die Tarife der Haushalte für Strom und Gas werden von den Industriekunden quersubventioniert. Ein staatliches de facto „Konkursverbot“ gegenüber säumigen Kunden beeinträchtigt die Durchsetzung von Verträgen im Energiesektor, was eine laxen Zahlungsdisziplin fördert. Damit behindert die staatliche Preispolitik die effiziente Allokation von Energie und die notwendigen Investitionen in die Energieinfrastruktur.

Die Energiemärkte werden in der Ukraine von der unabhängigen „Nationalen Energieregulierungskommission“ (NERK) reguliert, die sowohl für den Strom- und den Gasabsatz als auch für den innerukrainischen Transport von Erdöl und Erdgas zuständig ist. Der von der NERK verfolgte Regulierungsansatz gestattet den Energieunternehmen, bei der Preissetzung auf ihre tatsächlichen Kosten einen garantierten Gewinn aufzuschlagen (soge-

⁵ Rund 70 % des gesamten Nettoenergiebedarfs (einschließlich der Importe von Uran) wird importiert. Dies kann sich möglicherweise durch steigende Explorationstätigkeit noch ändern. Beispielsweise werden im Schwarzen Meer bedeutende Erdgasvorkommen vermutet, die aber bisher nur auf der türkischen Seite ausgebeutet werden.

⁶ ec.europa.eu/world/enp/partners/enp_ukraine_en.htm

⁷ Gemäß der Analyse von Gleichgewichtswechselkursen für osteuropäische Länder war die ukrainische Währung ab 2002 erstmalig seit der Abwertung infolge der Währungskrise 1998 nicht mehr deutlich unterbewertet, sondern möglicherweise überbewertet. Vgl. Egert Balasz, a.a.O., 174.

⁸ Vgl. Andrew Triffin: The Efficiency Cost of Market-Unfriendly Institutions. Ukraine: Selected Issues, International Monetary Fund. IMF Country Report No. 05/416, November 2005, Washington D.C.

⁹ Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten und konstantem US-Dollar des Jahres 2000. Weltbank, World Development Indicators 2005.

nannte „Kosten plus“ Regulierung), womit es für die Unternehmen keine Anreize zur Kostensenkung gibt.

Schließlich ist die Wettbewerbssituation in den einzelnen Energiemärkten noch sehr verschieden. Staatliche Monopole dominieren den Gassektor sowie die Stromerzeugung aus Wasser- und Atomkraft. Seit dem Ende der rigorosen staatlichen Planwirtschaft und aufgrund von Privatisierungen im Kohlebergbau ist hier ebenso wie bei der Kohleverstromung ein zunehmender Wettbewerb zu verzeichnen. Nach umfangreichen Privatisierungen herrscht Wettbewerb auch im Erdölsektor bei Verarbeitung und Distribution. Dennoch versucht der Staat immer wieder, in die Preisgestaltung für Treibstoffe einzugreifen. Nur bei einer transparenten und wettbewerbsgerechten Energiepolitik wird es zu den notwendigen Investitionen in energieeffizientere Technologien kommen.

Fiskalpolitik

Die während der Transformationsperiode bis zur Währungskrise 1998 teilweise relativ hohen Budgetdefizite wurden im Zuge der starken wirtschaftlichen Erholung seit 1999 zunächst abgebaut; im Jahr 2002 gab es erstmalig sogar einen geringen Überschuss. Danach nahmen die Defizite aber tendenziell wieder zu (Tabelle 1). Eine durchgreifende Steuerreform nach russischem Vorbild, d. h. mit einer Senkung sowohl der Durchschnittssteuersätze als auch der wegen ihrer Anzeizeffekte wichtigen marginalen Steuersätze für private Einkommen und für Unternehmen, wurde 2004 umgesetzt.¹⁰ Mit dieser Senkung ging eine teilweise Vereinfachung dieser Steuern einher. Allerdings wurden die bisher für kleine Unternehmen geltenden Pauschalsteuerregeln weitgehend abgeschafft, so dass für diese Unternehmensgruppe im Endeffekt keine Vereinfachung und Senkung der Besteuerung eintraten.¹¹ Die von der Steuerreform erwarteten positiven Wirkungen für Investitionen und die wirtschaftliche Aktivität können aber erst mittelfristig beurteilt werden.¹²

Problematisch ist vor allem die Entwicklung der Sozialausgaben und der Unternehmenssubventionen. Zudem stellt sich die Frage der Sicherung einer nachhaltigen und dabei antizyklischen Finanzpolitik.

Stark steigende Zuschüsse für die Rentenversicherung

Hinsichtlich des im konsolidierten Budget bedeutenden Ausgabenblocks der Sozialausgaben, der über 45 % der Staatsausgaben beträgt, sind seit 2003 stark steigende Zuschüsse an die Rentenver-

sicherung festzustellen. Inzwischen betragen die Zuschüsse ungefähr die Hälfte der als Sozialausgaben bezeichneten Ausgaben im Budget. Im Jahr 2005 akkumulierte der staatliche Rentenfonds ein Defizit in der Größenordnung von rund 4 % des Bruttoinlandsprodukts. Dabei erreichten die staatlichen Zuschüsse einen Anteil an den Ausgaben der Rentenversicherung von rund 35 %, während die gesamten Rentenzahlungen rund 15 % des Bruttoinlandsprodukts betrugen – ein im internationalen Vergleich sehr hoher Wert.

Unterstützung für Unternehmen

Bei den Unternehmenssubventionen sind seit 2002 für die Bereiche Landwirtschaft, Industrie und Energie sowie Wohnungswirtschaft und kommunale Dienstleistungen deutliche reale Steigerungen zu verzeichnen. Diese Ausgaben sind aber mit jeweils über 2 % der konsolidierten Staatsausgaben (insgesamt etwa 2 % des Bruttoinlandsprodukts) nicht sehr bedeutend.

Die Ausgabensteigerungen für Subventionen und Sozialausgaben erfolgten insbesondere zur Dämpfung der Energiekosten; ein Anreiz zur Energieeinsparung ist mit ihnen kaum verbunden. Zudem kommen subventionierte kommunale Leistungen allen privaten Haushalten zugute, ohne Berücksichtigung der Bedürftigkeit. Dies hat zur Folge, dass die Subventionierung mit steigendem Einkommen der Haushalte sogar noch zunimmt, weil bei höherem Einkommen der Energieverbrauch eher noch steigt. Die Fiskalpolitik sollte daher die Ziele des effizienteren Ressourceneinsatzes und der auf einer Bedürftigkeitsprüfung beruhenden Gewährung von Sozialleistungen berücksichtigen.

Sicherung nachhaltiger und antizyklischer Fiskalpolitik

Zwar hat sich die Kreditwürdigkeit der Ukraine nach der Währungs- und Bankenkrise des Jahres 1998 aufgrund des in den Folgejahren hohen realen

¹⁰ Der Unternehmenssteuersatz wurde von 30 auf 25 % gesenkt. Der persönliche Einkommensteuersatz wurde als eine „flat-rate“ in Höhe von nur 13 % festgesetzt. Diese Steuersätze weichen wegen fehlender Progression und nur relativ geringer Freibeträge nicht stark von den marginalen Steuersätzen ab und können somit auch annähernd als marginale Steuersätze angesehen werden.

¹¹ Diese Pauschalsteuern wurden nach Einführung im Jahr 1998 als sehr erfolgreich eingeschätzt, weil sie zu einer Flut von Neuanmeldungen bisher nicht registrierter kleiner Unternehmen führten, d. h. zu einer Zurückdrängung der Schattenwirtschaft. Auch wurde geschätzt, dass ihre Einführung einen insgesamt positiven Effekt auf die Steuereinnahmen hatte. Vgl. Ulrich Thieleßen: Presumptive taxation for small enterprises in Ukraine. Institute for Economic Research and Policy Consulting, Working Paper No. 6, 2001, Kiev.

¹² Erste Einschätzungen auf Basis der Daten für 2004 und 2005 deuten darauf hin, dass die betroffenen Steuereinnahmen zunächst nicht stark beeinträchtigt wurden; ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt blieb nahezu unverändert. Aus dieser Sicht wäre die Reform bereits erfolgreich gewesen.

Wirtschaftswachstums sehr stark verbessert. So sank vor allem wegen des starken Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts die gesamte Staatsschuldenquote von über 60 % Ende 1999 auf nur noch knapp 20 % im Jahr 2005 (Tabelle 1). Dennoch ist die Verletzlichkeit der Ukraine für neuen Abwertungsdruck auf die Währung nicht unerheblich. Ein Indikator hierfür ist beispielsweise die Analyse der Gleichgewichtswechselkurse osteuropäischer Länder, der zufolge für die Ukraine seit 2002 keine Unterbewertung mehr besteht. Die Währung wertete seither real aber weiter auf.¹³ Eine institutionelle Regel, die Budgetdefizite im Aufschwung begrenzen und in einer Abschwungphase erlauben würde, könnte helfen, Wachstum und Stabilität glaubwürdig zu sichern. Eine solche Regel könnte sehr einfach sein und beispielsweise sich lediglich auf den Anstieg der Staatsausgaben beziehen und diesen begrenzen. Dann würde im Aufschwung automatisch eine Bremse wirksam werden, wenn das gesamtwirtschaftliche Wachstum stärker ist als das erlaubte Ausgabenwachstum. Im Abschwung würde dagegen expansive Fiskalpolitik erlaubt sein, wenn das zulässige Ausgabenwachstum höher ist als das aufgrund der Rezession relativ geringe Wachstum.¹⁴

Sozialpolitik

Erste sozialpolitische Reformen Ende der 90er Jahre führten zur Senkung der Sozialversicherungsabgaben von 52 % des Bruttolohns auf gut 40 %.¹⁵ Im einzelnen umfasst die gesetzliche Sozialversicherungspflicht in der Ukraine die Rentenversicherung (der Beitragssatz beträgt gegenwärtig 33,8 % des Bruttolohns), eine Krankentagegeldversicherung (3,4 %), die Arbeitslosenversicherung (2,4 %) und eine Arbeitsunfallversicherung (0,8 %). Allerdings sind nur rund 12 Mill. Ukrainer in vollem Umfang sozialversicherungspflichtig beschäftigt, während mehr als 4 Mill. Arbeitnehmer in der Landwirtschaft und mehr als 2 Mill. Kleinunternehmer von den Sozialabgaben in erheblichem Umfang befreit sind. Der Ungleichbehandlung auf der Beitragsseite steht eine Gleichbehandlung auf der Leistungsseite gegenüber.

Anhaltende Destabilisierung des Rentensystems

Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist durch fortgesetzte unverhältnismäßige administrative Rentenerhöhungen seit dem Jahr 2004 in erhebliche Schieflage geraten. Die Rentenerhöhungen übersteigen sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Lohnsteigerungen. Ende 2004 erhielten mehr als 80 % der 12,2 Mill. ukrainischen Rentner die staatliche Mindestrente, unabhängig von Beitragsdauer und -höhe. Im Juli 2006 wurde der

gesetzliche monatliche Mindestlohn von 375 Hrivnia (etwa 60 Euro) etwas höher festgesetzt als die gesetzliche Mindestrente von 359 Hrivnia. Unter Berücksichtigung der vom Mindestlohn zu entrichtenden Lohnnebenkosten und der Einkommensteuer von 13 % bleibt eine Situation bestehen, in der zahlreiche ehemals Beschäftigte mit der Pensionierung einen Einkommenszuwachs verzeichnen. Diese unausgewogene Rentenpolitik führte zu den erheblichen Defiziten im Rentenfonds.¹⁶ Da eine ausgeglichene Finanzierung des Umlagesystems Grundvoraussetzung für die Umsetzung der im Jahr 2003 beschlossenen Einführung eines Drei-Säulenmodells zur nachhaltigen Sicherung der Altersvorsorge unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung ist, kann faktisch von einer Aussetzung der Rentenreform ausgegangen werden. Die ukrainische Regierung sollte daher dringend Maßnahmen zur Verbreiterung der Beitragsbasis ergreifen.

Fehlgeleitete Sozialhilfe

Eine gezielte staatliche Sozialhilfe für tatsächlich Bedürftige existiert bisher nicht, da nach wie vor soziale Leistungen und Vergünstigungen verschiedenen Berufs- und Statusgruppen unabhängig vom tatsächlichen Einkommen und in Form von Sachleistungen gewährt werden. Haushalte von Arbeitslosen und solchen mit Kindern sind den größten Armutsrisiken ausgesetzt. Rund die Hälfte der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose.¹⁷

Trotz des Stillstandes struktureller Reformen im Sozialsystem konnte der Wirtschaftsaufschwung zu einem Rückgang der absoluten Armut beitragen. Während im Jahr 2001 rund 30 % aller ukrainischen Haushalte über weniger als einen US-Dollar pro Kopf und Tag verfügten, sank deren Anteil im Jahr 2004 unter 8 %. Vom wirtschaftlichen Aufschwung profitierten vor allem die städtischen Ballungszentren, während der relative wirtschaftliche Abstand zum ländlichen Raum sogar größer wurde. In weiten Teilen der Ukraine herrschen weiterhin

¹³ Vgl. Egert Balazs, a. a. O., S. 174.

¹⁴ Solche Regeln sind natürlich nicht neu, sondern es gibt sie beispielsweise seit vielen Jahren in den USA und in bestimmten Kantonen der Schweiz. Militärausgaben sind aber üblicherweise Ausnahmen von der Regel, so dass es bei deren Anstieg beispielsweise in einem Aufschwung doch zu einer prozyklischen Fiskalpolitik und dauerhaftem Anstieg der Schuldenquote kommen kann. Vgl. zur Diskussion von Fiskalregeln in der EU beispielsweise: Tilman Brück und Rudolf Zwiener: Fiscal policy rules for stabilization and growth: A simulation analysis of deficit and expenditure targets in a monetary union. DIW Berlin, Discussion Paper 427, Juni 2004.

¹⁵ Die Senkung wurde erreicht durch weitgehende Abschaffung des ehemaligen Tschernobyl Fonds und seine Integration in das bestehende Gesundheitssystem.

¹⁶ Lars Handrich und Oleksandra Betliy: The pension system derailed: Proposals how to get back on the reform track. Institute for Economic Research Kiev, Policy Paper V9, 2006.

¹⁷ Lars Handrich und Oleksandra Betliy: A Social Welfare System to Lift Ukrainians out of Poverty. Institute for Economic Research Kiev, Policy Paper V2, 2006.

bedeutende Armut und Subsistenzwirtschaft. Die Ausbreitung von Krankheiten, vor allem von AIDS und Tuberkulose, ging im Zuge des Aufschwungs nicht zurück.

Ausgebliebene Gesundheitsreformen

Das ukrainische Gesundheitswesen hat das Ende der Sowjetunion nahezu unreformiert überdauert. Es ist fast vollständig staatlich organisiert und steuerfinanziert. Die Verfassung verspricht eine staatlich gesicherte Gesundheitsversorgung, aber bei Krankheit müssen die Betroffenen meist zumindest die Medikamente selbst bezahlen. Auch sind „freiwillige“ Zahlungen an Ärzte der Regelfall. Eine private Versicherung besteht zumeist nicht. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist das gravierende Problem der Gesundheitsversorgung die Vergütung der Ärzte und Gesundheitseinrichtungen nach bestehenden planerischen Kennzahlen, unabhängig von tatsächlich behandelten Patienten und erbrachten Leistungen.¹⁸ Diese Fehlanreize verhindern eine Restrukturierung des Gesundheitswesens und private Investitionen.

Die expansive Lohn-, Renten- und Sozialpolitik seit dem Jahr 2004 zwang zur Umverteilung innerhalb des Staatshaushalts vor allem zu Lasten der Budgets für Verteidigung, Kommunalwirtschaft und Gesundheit. Die Gesundheitsausgaben werden im Jahr 2006 rund 11,5 % der Gesamtausgaben des Staates betragen und eine Höhe von rund 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts erreichen, einem im internationalen Vergleich sehr niedrigen Wert (2004: Polen rund 6,5 %, Deutschland rund 11 %).¹⁹ Bei vergleichsweise geringen Gesundheitsausgaben blieben trotz eines erheblichen Bevölkerungsrückgangs und knapper Mittel die vorgehaltenen Kapazitäten bisher nahezu unverändert. Die Zahl der Ärzte pro 100 000 Einwohner beträgt in der Ukraine 300 (Polen 254, Deutschland 331). Die Zahl der Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner beträgt in der

Ukraine 881 (549 in Polen, 901 in Deutschland). Strukturelle Anpassungen und die effizientere Nutzung vorhandener Potentiale sollten im Vordergrund der Gesundheitsreform stehen.

Fazit

Die Ukraine wird ohne rasche und beherzte Wirtschaftsreformen in den kommenden Jahren vergleichsweise geringe Wachstumsraten erzielen. Für 2006 wird ein Wirtschaftswachstum von 3 % erwartet. Damit bleibt das Land weit hinter den sonstigen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa zurück. Die Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität, die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die Stabilisierung des Rentensystems und die Strukturreformen im Energiesektor stellen die ukrainische Wirtschaftspolitik vor erhebliche Herausforderungen.

Umso wichtiger sind der angestrebte Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) und die geplanten Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union einzuschätzen. Beide Schritte können die Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen in der Ukraine befördern. Dennoch liegt vor der Ukraine noch eine gewaltige Wegstrecke bis zum angestrebten Beitritt zur Europäischen Union. Deutschland und die EU sollten die Ukraine weiter unterstützen und als externe Stabilitätsanker und Orientierungshilfen dienen. Ähnlich wie bei den bereits der EU beigetretenen Staaten kann ein solches Vorgehen die Akzeptanz unpopulärer aber notwendiger Wirtschaftsreformen erhöhen.

¹⁸ Lars Handrich und Oleksandra Betlii: Improving efficiency of public health care provision in Ukraine and getting the private sector involved, Institute for Economic Research Kiev, Policy Paper U8, 2005.

¹⁹ OECD Health Data 2006, Juni 2006.

Nachrichten aus dem DIW Berlin

6. September 2006

Auftakt des Graduate Center – Feierliche Begrüßung der Doktoranden

Mit einem Empfang hieß Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Präsident des DIW Berlin, die ersten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Graduate Center des DIW Berlin am 5. September herzlich willkommen. Das neu geschaffene Doktorandenprogramm bietet den zwölf jungen Akademikerinnen und Akademikern aus aller Welt die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen in einem hervorragenden Forschungsumfeld in optimaler Weise auszubauen.

In seiner Eröffnungsansprache betonte Klaus F. Zimmermann die Bedeutung des Programms für den wissenschaftlichen Nachwuchs des Instituts. „Das Graduate Center des DIW Berlin ist einzigartig, denn nur bei uns bekommen die Doktoranden eine fundierte Ausbildung in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Politikberatung – und nicht nur in Deutschland sondern auch in den USA“, sagte Klaus F. Zimmermann. Damit ist das Programm speziell auf die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts ausgerichtet, Forschung und Politikberatung zu leisten.

Neben der Teilnahme an hochkarätigen Lehrveranstaltungen ist die Mitarbeit an aktuellen Forschungsprojekten des DIW Berlin integraler Bestandteil der Ausbildung im Graduate Center. Die internationale Ausrichtung des Programms wird durch einen Auslandsaufenthalt in den USA unterstrichen. „Junge Forscherinnen und Forscher sollen durch das Programm eine Ausbildung erhalten, das sie in die Lage versetzt, wirtschaftliche und soziale Problemstellungen empirisch fundiert und unvoreingenommen zu analysieren und zu lösen“, so Prof. Dr. Georg Meran. Das neue Programm wird in enger Zusammenarbeit mit den drei Berliner Universitäten – Freie Universität Berlin, Humboldt Universität zu Berlin, Technische Universität Berlin – sowie der Universität Potsdam und der Europa Universität Viadrina (Frankfurt/Oder) durchgeführt.

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmacher GmbH & Co. KG, Berlin

DEUTSCHLANDAusgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²													
						Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
		Insgesamt		Inland		Ausland													
		in 1 000				2000 = 100													
mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.		
2004	J	4 298		315		100,2		95,0		106,8		101,0		101,4		88,0		95,6	
	F	4 270	4 299	303	308	101,3	101,5	95,8	96,1	108,2	108,3	102,7	102,5	102,2	102,8	88,1	88,3	96,0	96,3
	M	4 271		287		103,1		97,6		110,0		103,8		104,7		88,8		97,5	
	A	4 313		276		104,1		97,2		112,7		104,7		105,9		87,9		98,9	
	M	4 330	4 320	277	278	106,7	104,5	98,3	97,0	117,2	113,8	106,4	104,9	109,5	106,4	90,6	88,7	100,0	98,7
	J	4 363		277		102,5		95,4		111,3		103,8		103,8		87,5		97,1	
	J	4 403		273		103,2		95,9		112,3		102,5		106,0		87,4		98,2	
	A	4 433	4 414	268	271	103,7	103,4	96,3	95,8	113,0	112,9	103,8	103,1	106,2	106,1	86,1	86,4	98,2	98,5
	S	4 452		268		103,4		95,2		113,6		102,9		106,0		85,8		99,2	
	O	4 484		272		102,9		95,7		112,0		101,8		106,3		84,6		97,6	
	N	4 527	4 512	283	280	102,1	103,5	94,5	96,1	111,5	112,8	101,4	101,4	104,5	107,5	85,0	84,7	100,2	99,1
	D	4 597		300		105,4		98,0		114,8		101,0		111,8		84,5		99,6	
2005	J	4 728		319		105,0		96,5		115,5		103,8		107,9		86,2		103,1	
	F	4 808	4 751	339	330	103,4	104,6	95,1	95,9	113,6	115,5	101,6	102,6	106,3	108,2	86,1	86,0	103,3	103,4
	M	4 839		364		105,6		96,1		117,4		102,3		110,3		85,7		103,7	
	A	4 812		386		104,0		95,8		114,2		101,3		108,0		87,1		101,7	
	M	4 836	4 829	397	390	104,6	105,8	95,4	96,8	116,0	117,0	102,4	102,7	108,6	110,4	84,2	86,7	102,4	103,0
	J	4 837		407		108,8		99,3		120,7		104,6		114,5		88,9		104,9	
	J	4 835		416		109,6		98,7		123,3		106,9		114,5		87,3		105,7	
	A	4 824	4 834	437	429	109,4	110,1	99,1	99,3	122,2	123,7	106,0	106,8	114,5	115,5	90,0	88,8	104,8	104,9
	S	4 848		458		111,3		100,1		125,4		107,4		117,5		89,1		104,2	
	O	4 841		472		112,6		99,8		128,6		108,8		118,6		89,9		106,9	
	N	4 821	4 823	476	472	115,3	113,7	101,7	100,2	132,4	130,5	110,4	110,3	122,9	119,6	90,9	90,7	106,3	106,6
	D	4 767		475		113,1		99,0		130,6		111,6		117,2		91,1		106,6	
2006	J	4 697		474		114,5		100,9		131,5		109,5		122,3		89,5		104,8	
	F	4 628	4 672	478	477	118,6	116,2	102,6	101,9	138,6	134,0	113,5	112,2	127,4	123,4	90,3	90,5	104,7	104,8
	M	4 617		484		115,4		102,1		131,9		113,7		120,5		91,7		105,1	
	A	4 619		502		119,0		104,1		137,7		117,2		124,7		91,3		108,0	
	M	4 561	4 585	524	514	117,5	118,0	104,8	104,0	133,4	135,5	116,0	117,1	122,6	122,9	93,6	91,6	106,9	106,9
	J	4 531		549		117,5		103,2		135,4		118,1		121,4		90,0		105,8	
	J	4 465		586		117,7		104,4		134,2		116,1		123,3		90,9		105,9	
	A	4 463		584															
	S																		
	O																		
	N																		
	D																		

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

² Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

DEUTSCHLANDnoch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹

		Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²			
				Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
		in 1 000		2000 = 100										2003 = 100		Mrd. Euro			
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
2004	J	6 050		100,8		103,1		88,2		97,7		81,5		101,3		58,1		45,1	
	F	6 042	6 050	101,5	101,5	103,3	103,8	87,7	88,5	97,5	97,5	86,3	84,1	101,2	101,7	58,7	176,2	46,2	137,0
	M	6 037		102,2		105,2		89,6		97,2		84,4		102,6		59,4		45,7	
	A	6 033		102,5		105,2		88,5		98,0		80,8		101,9		61,5		47,0	
	M	6 024	6 029	105,3	103,6	109,1	106,9	92,4	89,6	99,6	98,5	82,1	81,1	99,4	101,3	62,5	184,3	48,1	142,3
	J	6 020		103,1		106,5		88,0		97,7		80,2		102,7		60,3		47,2	
	J	6 014		102,9		106,1		88,5		97,6		79,1		103,0		61,0		48,7	
	A	6 009	6 012	104,0	103,5	108,2	107,2	87,6	87,8	98,2	98,0	79,1	78,9	101,2	102,1	60,7	181,9	48,1	145,7
	S	6 004		103,5		107,2		87,2		98,0		78,6		102,0		60,2		48,9	
	O	5 997		103,0		107,5		86,2		96,9		77,5		102,0		61,8		48,7	
	N	5 986	5 991	102,4	102,5	104,9	105,8	85,5	85,8	98,4	97,6	77,2	77,1	103,5	102,9	62,2	185,0	49,5	146,1
D	5 978		102,1		104,9		85,6		97,7		76,7		103,3		61,0		47,9		
2005	J	5 969		104,5		108,3		86,4		99,2		79,6		102,3		63,0		49,6	
	F	5 962	5 965	103,8	104,3	107,7	108,3	87,0	86,5	99,4	99,7	73,7	75,5	103,1	102,9	61,9	188,4	48,4	147,7
	M	5 952		104,6		108,8		86,2		100,4		73,1		103,2		63,4		49,6	
	A	5 943		105,0		110,6		87,9		98,6		76,1		103,7		61,7		49,3	
	M	5 938	5 940	103,5	104,9	106,9	109,8	83,2	87,1	99,4	99,4	74,7	75,8	103,7	103,9	63,5	190,1	51,4	151,6
	J	5 925		106,3		111,9		90,2		100,1		76,5		104,3		64,8		50,8	
	J	5 917		106,4		111,1		86,0		101,3		75,5		102,5		65,2		51,6	
	A	5 914	5 916	106,1	106,8	110,1	111,4	89,1	87,8	100,8	101,4	77,1	76,1	105,8	104,2	66,2	199,1	53,0	157,8
	S	5 908		107,9		113,0		88,4		102,2		75,6		104,4		67,7		53,3	
	O	5 903		108,5		112,6		89,1		103,9		76,0		103,3		68,1		54,9	
	N	5 903	5 903	109,3	109,3	115,3	114,6	90,5	90,0	101,7	102,7	75,9	76,2	104,2	103,9	67,4	205,0	53,6	165,8
D	5 897		110,0		115,8		90,5		102,5		76,5		104,1		69,5		57,3		
2006	J	5 890		108,6		114,3		91,2		101,0		72,8		105,0		68,9		56,6	
	F	5 886	5 889	110,1	109,7	116,4	115,5	90,7	91,1	101,3	101,0	77,1	75,4	104,5	104,7	72,3	211,7	59,7	175,6
	M	5 885		110,2		116,0		91,5		100,6		76,3		104,4		70,6		59,3	
	A	5 885		110,3		113,9		89,9		103,8		77,9		103,0		74,2		61,8	
	M	5 884	5 886	111,5	111,1	117,7	115,6	94,9	91,5	101,4	102,4	80,9	79,2	107,3	105,0	70,4	217,9	57,8	181,3
	J	5 897		111,3		115,3		89,8		102,2		78,8		104,7		73,2		61,7	
	J			111,7		116,9		92,3		101,2		80,5		104,3		73,7		61,7	
	A																		
	S																		
	O																		
	N																		
D																			

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

² Außerdem arbeitstäglich bereinigt.